

Gewerbeförderungsprogramm der Stadt Ingelheim am Rhein

Anforderungskatalog zu Anträgen auf Gewährung von Finanzierungshilfen

I. Grundsätzlich erforderliche Angaben/Unterlagen:

1. Vorlage des Antrages auf Gewährung einer öffentlichen Finanzierungshilfe nach dem Gewerbeförderungsprogramm der Stadt Ingelheim am Rhein mit anliegenden Formblättern 1-4 (Seiten 3-12 und Seiten 16-21).
2. Verbale Beschreibung und Begründung des Investitionsvorhabens in Schriftform (eigene Anlage erforderlich, vgl. Punkt 2.3).
3. Schilderung der aktuellen Rechtsverhältnisse, Gesellschafter, persönlich haftende Gesellschafter, Kommanditisten, Einlagen, Geschäftsführer; Angabe des Geburtsdatums und der Privatanschrift des/der einzelnen Gesellschafter/s sowie Angaben darüber, ob eine steuerlich anerkannte Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft nach § 15 Einkommensteuergesetz (EStG) oder ein körperschaftssteuerliches Organschaftsverhältnis vorliegt bzw. geplant ist. Falls ja: Vorlage einer diesbezüglichen Bestätigung des zuständigen Finanzamtes oder des Steuerberaters (eigene Anlage erforderlich).
4. Aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung(en) in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes ab 50.000,-- € Zuschuss.
5. Vollständige Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre vom Antragsteller und wirtschaftlich oder personell verflochtenen Unternehmen bei bestehenden Unternehmen.
6. Lebenslauf des Antragstellers bei Existenzgründung (eigene Anlage erforderlich).
7. Darstellung der Rentabilität des Investitionsvorhabens (eigene Anlage erforderlich).
8. Ertragssteuerliche Bescheide der letzten drei Jahre des zuständigen Finanzamtes.

II. Vorlage folgender Formblätter:

Formblatt 1: Finanzierungsbestätigung bzw. Nachweis durch eine Bank oder Sparkasse

Formblatt 2: Erklärung zur Veröffentlichung von Förderdaten sowie zur Datenverarbeitung

Formblatt 3: Erhebungsbogen zur Arbeitsplatzfrage

Formblatt 4: Erklärungen zum Erwerb von gebrauchten Wirtschaftsgütern (3 Seiten)

Hinweis: Nur erforderlich bei Förderanträgen im Rahmen des Erwerbs einer stillliegenden bzw. von einer Stilllegung bedrohten Betriebsstätte, mit denen die Förderung für gebrauchte Wirtschaftsgüter beantragt wird.

III. Im Einzelfall gegebenenfalls erforderliche Unterlagen:

1. Bei Erwerb einer stillliegenden/von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte:

- a) Kopie des Grundstückskaufvertrages, gegebenenfalls Aufteilung in Gebäude- und Grundstücksanteil
- b) Nachweis über die Stilllegung bzw. die drohende Stilllegung
- c) Nachweis Buchwerte des Veräußerers

2. Bei Vorhaben mit baulichen Maßnahmen:

Kostenvoranschlag des Architekten nach DIN 276/277 auf Basis der Nettokosten.

3. Bei einer bereits erhaltenen Vorförderung aus dem Gewerbeförderungsprogramm der Stadt Ingelheim am Rhein:

Angaben darüber, ob die in den früheren Förderanträgen angegebenen neuen Dauerarbeitsplätze für die Dauer von mindestens 5 Jahren nach Abschluss des Investitionsvorhabens auch eingerichtet und besetzt worden sind. Sofern die Arbeitsplätze zwar geschaffen, nicht aber vollständig besetzt werden konnten, ist eine nähere Begründung hierzu erforderlich.

4. Bei Mischbetrieben:

Prozentuale Aufteilung der Umsätze, die auf den förderfähigen Bereich sowie den nicht förderfähigen Bereich entfallen; bei Mischbetrieben müssen mehr als 50% der Umsätze aus dem förderfähigen Bereich erzielt werden; Darstellung der einzelnen Leistungsbereiche mit prozentualer Zuordnung gemessen am Gesamtumsatz.

5. Bei Neuerrichtungsvorhaben:

- a) Datum der Eintragung der Firma in das Handelsregister mit Angabe der Handelsregisternummer sowie Datum der Firmengründung
- b) Übersicht über die in den nächsten drei Jahren zu erwartenden Umsätze, Abschreibungen- und Betriebsergebnisse/Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsvorausschaurechnung

6. Bei Betriebsverlagerungen:

- a) Angaben des Veräußerungserlöses (Aufteilung Grundstücksanteil/Gebäudeanteil) für die bisherige Betriebsstätte bzw. des voraussichtlich erzielbaren Veräußerungserlöses sowie Angaben darüber, ob anderweitige Entschädigungen (z.B. nach Bundesbaugesetz) vorgesehen sind
- b) Im Falle der Verpachtung der bisherigen Betriebsstätte: Angaben der Höhe der Jahresrohmiete

7. Bei gebrauchten Wirtschaftsgütern:

- Nachweis, dass gebraucht erworbene Immobilien nicht öffentlich begünstigt wurden
- Nachweis, dass mobile Wirtschaftsgüter, die gebraucht erworben wurden nicht subventioniert wurden (siehe Formblatt 4)

Antrag auf die Gewährung einer öffentlichen Finanzierungshilfe nach dem Gewerbeförderungsprogramm der Stadt Ingelheim am Rhein

1. Allgemeines

1.1

An Stadtverwaltung Ingelheim Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Neuer Markt 1 55218 Ingelheim am Rhein

Nicht vom Antragsteller auszufüllen
Eingangsstempel (falls auf Begleitschreiben, genügt hier eine Bestätigung der Annahmestelle)
Datum des Eingangs:

Ihr Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn Sie folgende Fragen beantworten:

Zutreffendes bitte ankreuzen	<input checked="" type="checkbox"/>
------------------------------	-------------------------------------

1.2 Antragsteller

Firma (Name und Anschrift):	
Bearbeiter: Telefon/Fax/E-Mail-Adresse:	
Bankverbindung:	
Bank:	BLZ:
Kontonummer:	

1.3 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	Zuständiges Finanzamt
	Postleitzahl/Ort
	Steuer-Nr.

1.4 In den letzten 5 Jahren wurde(n) für die nachfolgend unter Punkt 2.1 angegebene(n) Betriebsstätte(n) öffentliche Finanzierungshilfen bewilligt bzw. aktuell beantragt:

Programmname	Investitionszeitraum		Betrag in Euro oder Subventionswert
	von	bis	

Hinweis: Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.

Soweit die öffentlichen Finanzierungshilfen noch nicht beantragt oder bekannt sind oder der Subventionswert noch nicht feststeht, **müssen die entsprechenden Änderungen nachträglich gemeldet werden.**

1.5 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist?

Nein

ja

- Hält das Unternehmen Anteile von 25% oder mehr an anderen Unternehmen?

Nein

ja

- Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten?
 - Nein ja

- Anzahl der der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen unter 250?
 - Nein ja

- Jahresumsatz maximal 50 Mio. Euro?
 - Nein ja

- Jahresbilanzsumme maximal 43 Mio. Euro?
 - Nein ja

1.6 Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren, wirtschaftliche Situation des Unternehmens*

Befindet sich das Unternehmen derzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

- nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage):

Falls ja, befindet sich die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe noch in der Umstrukturierungsphase?

- nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage):

Wurde für die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe in den vergangenen zehn Jahren eine Rettungs- oder Umstrukturierungsbeihilfe gewährt?

- nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage):

* Leitlinien der Europäischen Kommission für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. EG C244/2 vom 01. Oktober 2004)

2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

Stadtteil:	Straße und Hausnummer:
------------	------------------------

Existieren weitere Betriebsstätten des Antragsstellers?

nein

ja → Geben Sie bitte den Wirtschaftszweig
und die Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) an:

Wirtschaftszweig:
Anschrift:

2.2 Gegenstand der Förderung

Zutreffendes bitte ankreuzen

Es handelt sich um die

Existenzgründung und Existenzsicherung

Errichtung einer neuen Betriebsstätte

Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte

Übernahme einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte unter Marktbedingungen durch einen unabhängigen Investor

2.3 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2 bezeichneten Vorhabens

Die vorgesehenen Investitionen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z. B. Absatzperspektive) sind in einer **Anlage** schriftlich darzustellen und zu erläutern, die auch die einzelnen Wirtschaftsgüter ausweist. Dabei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z.B. Beteiligungen, Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten, Produktionsziffern, Kapazitätsauslastung, Umsatz) einzugehen.

**2.4 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte
Nummer und Kennzeichnung der amtlichen Statistik (NACE-Code)**

Zahlencode:

Erläuterung:

Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit

Wenn sich die Fertigung oder die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige oder Industriegruppen bezieht, bitte nähere Angaben, z.B. prozentualer Anteil an Produktion und Umsatz (ggfs. in einer **Anlage**)

--

3. Angaben zu den Arbeitsplatzzielen

→ Hinweis: Bitte leiten Sie die Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen von **Formblatt 3**, Erhebungsbogen zur Arbeitsplatzfrage, ab.

3.1 Angaben der vorhandenen Dauerarbeitsplätze* vor Antragstellung

Dauerarbeitsplätze (1)	Ausbildungsplätze (2)	Summe (1)+(2)

3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition

Anzahl der geplanten **zusätzlichen** Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen:

Dauerarbeitsplätze (1)	Ausbildungsplätze (2)	Summe (1)+(2)

Anzahl der geplanten **gesicherten** Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen:

Dauerarbeitsplätze (1)	Ausbildungsplätze (2)	Summe (1)+(2)

3.3 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen

Werden in einem sachlichen/inhaltlichen und zeitnahen Zusammenhang zu dem in Punkt 2 bezeichneten Vorhaben in einer anderen mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte Arbeitsplätze abgebaut?

nein

ja → Geben Sie bitte die Anzahl der Arbeitsplätze und die Anschrift der betreffenden Betriebsstätte an:

Anzahl der abgebauten bzw. noch abzubauenen Arbeitsplätze:
Anschrift der Betriebsstätte:

* Dauerarbeitsplätze: siehe Erläuterungen, Punkt 3

4. Investitionen

4.1 Investitionsvolumen

	Nettobetrag in Euro
Förderfähige Investitionsgüter:	
Bauliche Investitionen (ggf. lt. anliegender Kostenaufstellung des Architekten) ohne Kosten für Räume, die nicht betrieblichen Zwecken dienen	
Maschinen und Einrichtungen	
Immaterielle Wirtschaftsgüter	
Zwischensumme:	
Nicht förderfähige Investitionsgüter:	
Grunderwerbskosten*	
Erwerbskosten des Gebäudes:	
a) Grundstückskosten	
b) Gebäudekosten	
Fahrzeuge, die im Straßenverkehr zugelassen sind	
Gebrauchte Wirtschaftsgüter*	
Zwischensumme:	
Betriebsmittel:	
Gesamtinvestitionskosten	
Gesamtinvestitionsvolumen:	

→ Hinweis: Die Summe der Gesamtinvestition muss der Summe der Gesamtfinanzierung entsprechen.

Bei Betriebsverlagerung sind eventuelle Veräußerungserlöse und Entschädigungsbeiträge hier aufzuführen:

	Nettobetrag in Euro
Veräußerungserlöse	
Entschädigungsbeträge	

Wurden Grundstücke oder Bauten von der öffentlichen Hand erworben?

nein

ja → Geben Sie bitte den Veräußerer an:

* Anschaffungskosten für gebrauchte Wirtschaftsgüter und der Grunderwerb können jedoch beim Fördergegenstand Nr. 2.4 des Gewerbeförderungsprogramms gefördert werden.

4.2 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beginn	Tag	Monat	Jahr

Beendigung:

Tag	Monat	Jahr

4.3. Falls Investitionen in mehreren Jahren durchgeführt werden (max. 36 Kalendermonate)

Aufteilung der Investitionen	
Jahr	Betrag (€)

5. Finanzierung

Herkunft der Mittel	Betrag in Euro
➤ Eigenmittel	
➤ Fremdmittel (zu Marktkonditionen; ohne Finanzierungshilfen)	
➤ öffentliche Finanzierungshilfen (z.B. zinsvergünstigter Kredit, über Bürgschaft abgesicherte Kreditsumme, Investitionszulage, Investitionszuschuss)	
➤ Gesamtfinanzierung	

→ Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.

6. Erklärungen:

6.1. Ich/Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) begonnen zu haben. Unter Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu verstehen. Mir/uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.

6.2. Ich/Wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4. genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.

6.3 Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- a) Angaben zum Antragsteller (Punkt 1.2) ggf. Angaben in der vorzulegenden Nutzungs- bzw. Leasingvereinbarung (siehe Erläuterungen zu Punkt 1.2),
- b) Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Punkt 1.3),
- c) Vorförderungen der Betriebsstätte (Punkt 1.4) bzw. der erworbenen gebrauchten Wirtschaftsgüter, Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren (Punkt 1.6),
- d) Beteiligungsverhältnisse (Punkt 1.5),
- e) Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanzsumme (Punkt 1.5),
- f) Investitionsort und weitere Betriebsstätten (Punkt 2.1),
- g) Angaben zum Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Punkt 2.2),
- h) Wirtschaftszweig, Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit (Punkt 2.4),
- i) Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn (Punkt 3.1),
- j) Angaben zu Verlagerungsinvestitionen (Punkt 3.3)
- k) Beginn des Vorhabens (Punkt 4.2 und Punkt 6.1)
- l) Angaben zum Erwerb von Grundstücken oder Bauten von der öffentlichen Hand sowie zum Kaufpreis (Punkt 4.1).

6.4 Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

6.5 Mir/Uns sind die nach § 3 Subventionsgesetz bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

6.6 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU

Ich/Wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25% oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Punkt 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in den

Punkten 1.2 - 1.6 abgefragten Sachverhalten unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

<u>Ort/Datum</u>

<u>Unterschrift/Stempel</u>

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

<u>Ort/Datum</u>

<u>Unterschrift/Stempel</u>

Erläuterungen zu den Punkten im Antragsformular

Zu 1. Allgemeines:

Der Antragsteller kann sich vertreten lassen. Nach § 14 Abs. 5 Verwaltungsverfahrensgesetz in Verbindung mit dem Rechtsberatungsgesetz sind jedoch Bevollmächtigte und Beistände zurückzuweisen, wenn sie geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen, ohne dazu befugt zu sein.

Der vollständige Antrag ist vor Beginn des Investitionsvorhabens zu stellen. Als Datum der Antragstellung gilt der Eingangsstempel der Stadtverwaltung Ingelheim.

Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) nicht als Beginn des Vorhabens.

Zu 1.2 Antragsteller:

Im Falle einer ertragssteuerlichen Betriebsaufspaltung, einer Mitunternehmerschaft oder einer Organschaft ist der Antrag neben dem Antragsteller auch von den Beteiligten zu unterzeichnen. Im Falle einer Betriebsaufspaltung oder einer Mitunternehmerschaft ist eine Bescheinigung des Finanzamtes vorzulegen.

Bei sonst fehlender Identität zwischen Investor und Nutzer wird der Antrag vom Nutzer unter Zugrundelegung eines verbindlichen Angebots des Investors auf Abschluss eines Nutzungsvertrages gestellt. In diesem Vertrag sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten des Objekts, die Nutzungszeit, das Nutzungsentgelt sowie etwa vereinbarte Verlängerungsoptionen anzugeben.

Zu 1.3 Rechtsform:

Eine nähere Erläuterung ist insbesondere dann erforderlich, wenn sich die Rechtsform (z.B. als Personengesellschaft: die Gesellschaft bürgerlichen Rechts -GbR-, OHG, KG, GmbH & Co. KG, als Kapitalgesellschaft: die GmbH, AG, KGaA oder als Genossenschaft, Verein oder Einzelfirma) nicht schon aus dem Namen der Firma (1.2) ergibt. Bei den steuer- bzw. gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen ist im Falle einer Betriebsaufspaltung, einer Mitunternehmerschaft oder einer Organschaft auf die Verhältnisse zwischen der Besitz- und der Betriebsgesellschaft, des Mitunternehmers und der Personengesellschaft bzw. des Organträgers und der Organgesellschaft näher einzugehen. Eine entsprechende Bescheinigung des Finanzamtes ist vorzulegen.

Zu 1.5 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen und zu Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen, Jahresumsatz und Jahresbilanzsumme:

Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung; Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen (Punkt 6.5).

Sofern das Unternehmen zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben. Ist das aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch den Antragsteller die unter 6.6 aufgeführte Erklärung abzugeben.

Zu 2.3 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2 bezeichneten Vorhabens:

Eine nähere Beschreibung und Begründung des Investitionsvorhabens ist erforderlich, um den Sachverhalt möglichst ohne zeitraubende Rückfragen beurteilen zu können.

Werden in der Anlage der vorgesehenen Investitionen gebrauchte Wirtschaftsgüter ausgewiesen, so ist anzugeben, ob die Investitionen im Rahmen des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte erfolgen. Gründungsphase eines Unternehmens ist ein Zeitraum von 60 Monaten seit Beginn der Gründungsinvestition. Als neu gegründet gelten Unternehmen, die erstmalig einen Gewerbebetrieb anmelden und nicht im Mehrheitsbesitz eines oder mehrerer selbständiger Unternehmer oder Unternehmen stehen. Weiterhin ist anzugeben, ob die gebrauchten Wirtschaftsgüter von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen zu Marktbedingungen angeschafft werden sollen, oder ob die gebrauchten Wirtschaftsgüter bereits früher mit öffentlichen Hilfen gefördert wurden.

Wird ein Grundstück erworben oder eingebracht, so ist anzugeben, ob es sich um ein für das beantragte Investitionsvorhaben notwendiges Grundstück handelt. Der Marktwert des Grundstücks ist nachzuweisen.

Zu 2.4 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte, Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik (NACE-Code):

Die Nummer des Wirtschaftszweiges nach der amtlichen Statistik ergibt sich aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der jeweils gültigen Ausgabe des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Zu 3. Angaben zu den Arbeitsplatzielen:

Berechnung der Dauerarbeitsplätze:

Dauerarbeitsplätze sind Arbeitsplätze, die langfristig besetzt werden.

Bei der Zahl der Beschäftigten/Dauerarbeitsplätze ist unbedingt auf den Stand vor **Investitionsbeginn** abzustellen. Das Datum der Antragstellung ist nicht maßgeblich.

Zwischen der Anzahl von Beschäftigten und Dauerarbeitsplätzen ist zu unterscheiden. Bei den Beschäftigten wird immer die unmittelbar vor Investitionsbeginn vorhandene Kopfzahl angegeben, während die Dauerarbeitsplatzanzahl mit Dezimalstellen nach dem Komma ausgedrückt werden muss (Teilzeitkräfte gemäß ihrer jährlichen Arbeitszeit).

Neben den Vollzeitbeschäftigten müssen auch alle Teilzeitkräfte erfasst werden. Hierbei erfolgt die Umrechnung in Dauerarbeitsplätze analog ihrer regelmäßigen jährlichen Arbeitszeit im Verhältnis zur tariflichen jährlichen Arbeitszeit. Arbeitsplätze, die mit befristet Beschäftigten besetzt sind, stellen dann keine Dauerarbeitsplätze dar, wenn es sich nur um eine vorübergehende zusätzliche Einstellung als Vertretungskraft handelt.

Der hauptberufliche tätige Inhaber einer Personengesellschaft bzw. der Geschäftsführer mit Angestelltenvertrag bei einer Kapitalgesellschaft ist in der Tabelle als Dauerarbeitsplatz zu erfassen. Nicht hauptberuflich tätige Firmeninhaber bzw. Geschäftsführer ohne Angestelltenvertrag sind nachrichtlich unterhalb der Tabelle anzugeben.

Die tatsächliche Stundenzahl pro Jahr von Teilzeitkräften ist ebenso anzugeben, wie deren Vergleichsarbeitszeit pro Jahr von Vollzeitkräften.

Arbeitet ein Unternehmen im Schichtbetrieb, so ist die Zahl der Dauerarbeitsplätze mit der entsprechenden Zahl der Arbeitskräfte gleichzusetzen (z.B. im Zweischichtbetrieb arbeiten 2 Kräfte an einem Arbeitsplatz = 2 Dauerarbeitsplätze).

Zu 3.1 Angaben der vorhandenen Dauerarbeitsplätze vor Antragstellung:

Hier sind anzugeben:

In jedem Falle die bisher schon vorhandenen und besetzten Dauerarbeitsplätze, ggfs. anteilig ihrer gegenüber einem Vollzeitarbeitsplatz regelmäßigen Besetzung, in der oder den Betriebsstätte(n), in der oder in denen das zu fördernde Investitionsvorhaben durchgeführt wird unter

- Arbeitsplätze für Vollzeitbeschäftigte sowie Ausbildungsplätze vollständig,
- Arbeitsplätze für Teilzeitzeitarbeitskräfte zeitanteilig im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes.
- Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in Ingelheim, so ist für alle diese Betriebsstätten die Zahl der bisher schon vorhandenen und besetzten Dauerarbeitsplätze anzugeben und dann die Zahl der in allen diesen Betriebsstätten nach

Abschluss des zu fördernden Investitionsvorhabens vorhandenen und besetzten bzw. zu besetzenden Dauerarbeitsplätze gegenüberzustellen.

- Bei Mehrschichtbetrieben ist die Zahl der Dauerarbeitsplätze grundsätzlich mit der Zahl der entsprechenden Arbeitskräfte gleichzusetzen.

Zu 3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition:

Dauerarbeitsplätze müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich besetzt werden.

Zu 4.1 Investitionsvolumen:

Die Angaben zum Investitionsvolumen stellen eine notwendige Konkretisierung des Investitionsvorhabens dar und ergänzen insoweit Punkt 2 der grundsätzlich erforderlichen Unterlagen (Beschreibung des Investitionsvorhabens). Die Beträge sind in Euro auszuweisen. Gegebenenfalls sind hier die Plandaten einzusetzen. Unvorhergesehene Investitionskostenerhöhungen können unter bestimmten Voraussetzungen nachträglich geltend gemacht werden; sie sind in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden der Antrag annehmenden Stelle bekannt zu geben. Zur Ermittlung der förderfähigen Kosten des Investitionsvorhabens sind ggfs. sämtliche Einzelpositionen betragsmäßig auszuweisen.

- Immaterielle Wirtschaftsgüter sind u.a.: Patente, Betriebslizenzen oder patentierte technische Kenntnisse sowie nicht patentierte technische Kenntnisse.
- Die Angabe der Anschaffungs-/Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens erfolgt an dieser Stelle ohne Einbeziehung der Anschaffungs-/Herstellungskosten etwaiger immaterieller und zu leasender Wirtschaftsgüter.
- Gegebenenfalls sind an dieser Stelle die vom Antragsteller einberechneten Kosten des Grundstückserwerbs auszuweisen.
- Investitionen, die der Ersatzbeschaffung dienen, gehören nicht zu den förderfähigen Kosten. Eine Ersatzbeschaffung liegt nicht vor, wenn das neu angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgut wegen seiner technischen Überlegenheit oder rationelleren Arbeitsweise für den Betrieb eine wesentlich andere Bedeutung hat als das ausgeschiedene Wirtschaftsgut.
- Von den förderfähigen Kosten sind Fahrzeuge ausgenommen, die im Straßenverkehr zugelassen sind und primär dem Transport dienen (beispielsweise Pkw, Kombifahrzeuge, Lkw, Omnibusse, aber auch Luftfahrzeuge, Schiffe und Schienenfahrzeuge).
- Es sind nicht nur die tatsächlichen Veräußerungserlöse anzugeben, sondern auch diejenigen Veräußerungserlöse, die erzielbar wären. Erlöse, die aus der Veräußerung der bisherigen Betriebsstätte erzielt werden oder erzielbar wären und eventuelle Entschädigungsbeträge sind von den förderfähigen Investitionskosten abzuziehen.
- Entschädigungsbeträge können beispielweise nach Baugesetzbuch oder aus restitutionsrechtlichen Gründen entstehen. Bei der Ausweisung sind alle im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung erhaltenen Entschädigungsbeträge anzugeben. Hat der Investor zum Zeitpunkt der Antragstellung noch keine Entschädigung erhalten, so hat er die voraussichtlichen Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung aufzuführen.

Zu 4.2 Zeitliche Durchführung des Vorhabens:

Investitionszuschüsse werden grundsätzlich nur für ein Investitionsvorhaben gewährt, das innerhalb von 36 Monaten durchgeführt wird.

Finanzierungsbestätigung

Firma: _____

Investitionsort: _____

Investitionsvolumen: _____ EURO

Wir haben mit der vorgenannten Firma die Investitionsmaßnahmen, deren Finanzierung und die Anträge auf Bewilligung von Fördermitteln eingehend erörtert. Nach den dabei gewonnenen Erkenntnissen bestätigen wir, dass

1. die volle Finanzierung des Investitionsvorhabens, vorbehaltlich der Bewilligung in unserem Hause sowie der bei der Stadt Ingelheim beantragten Fördermittel, gesichert ist und eventuell entstehende Finanzierungslücken (Mehrkosten, teilweiser Ausfall der Fördermittel), ebenfalls vorbehaltlich der Bewilligung unseres Hauses, mit weiteren Bankmitteln geschlossen werden können.
2. die im Finanzierungsplan eingesetzten Eigenmittel nach unserer Einschätzung voll zur Verfügung stehen bzw. voraussichtlich zur Verfügung stehen werden.
3. Finanzierungshilfen der KfW Bankengruppe und der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH, Mainz, durch unser Kreditinstitut überprüft wurden.
4. folgende Finanzierungshilfen von der KfW Bankengruppe, der ISB und der Hausbank zum Tragen kommen:

Darlehensprogramm:	Laufzeit:	Darlehensbetrag:

(Datum, Stempel u. Unterschrift des Kreditinstituts)

Erklärung zur Veröffentlichung von Förderdaten sowie zur Datenverarbeitung

Firma:

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen die Stadtverwaltung Ingelheim am Rhein den Namen des Empfängers der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.

Einverstanden*.

Nicht einverstanden*.

* Zutreffendes bitte ankreuzen. Die Abgabe der Erklärung erfolgt freiwillig und hat keinen Einfluss auf die Bewilligung.

Mir/uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten von der Stadt Ingelheim am Rhein zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträger erfasst und verarbeitet werden.

(Unterschrift/Stempel des Antragstellers/Investors)

(Unterschrift der anderen Gesellschaft bei Betriebsaufspaltung, Organschaft, Mitunternehmerschaft)

Erhebungsbogen zur Arbeitsplatzfrage

Firma:

	Bestand unmittelbar vor Investitionsbeginn Monat _____ /Jahr _____		voraussichtlicher Bestand nach Investitionsabschluss Monat _____ /Jahr _____	
	Beschäftigte (Kopfzahl)	Summe der Dauerarbeitsplätze ¹⁾ (anteilmäßig)	Beschäftigte (Kopfzahl)	Summe der Dauerarbeitsplätze ¹⁾ (anteilmäßig)
		insgesamt		insgesamt
Inhaber u. Geschäftsführer mit Angestelltenvertrag ²⁾				
in Vollzeit				
in Teilzeit				
Auszubildende				
Insgesamt				

1) mit Umrechnung in tatsächl. von tarifl. Arbeitszeit pro Jahr

2) Zahl der im Unternehmen tätigen Personen ohne Arbeitnehmereigenschaft: ____
(nicht in Tabelle enthalten)
(z.B. bei GmbH: sofern der Geschäftsführer keinen Angestelltenvertrag mit der GmbH geschlossen hat).

Ort, Datum

Unterschrift/Firmenstempel

Erwerb von gebrauchten Wirtschaftsgütern

Die nachfolgenden Angaben (3 Seiten) sind nur erforderlich bei Förderanträgen im Rahmen des Erwerbs einer stillliegenden bzw. von einer Stilllegung bedrohten Betriebsstätte, mit denen die Förderung für gebrauchte Wirtschaftsgüter beantragt wird.

Firma:

Immobilien:

1. Belegenheit des Objektes (PLZ, Ort, Straße): _____
2. Käufer: _____
3. Verkäufer: _____
4. Bisherige Nutzung: _____
5. Künftige Nutzung: _____
6. Gewerbeabmeldung/Betriebsstilllegung
(bitte Nachweis, falls verfügbar am: _____
7. Verkaufspreis (Grund u. Boden/Immobilien) _____ / _____
8. Buchwert beim Veräußerer
(Grund u. Boden/Immobilien): _____ / _____

Mobilien:

1. Käufer: _____
2. Verkäufer: _____
3. Art der Maschine: _____
4. Buchwert beim Veräußerer: _____
5. Kaufpreis: _____

Hinweis: Bezüglich der erforderlichen Erklärungen des Vorbesitzers: siehe nächste Seite sowie des Erwerbers: siehe übernächste Seite

Firma:

a) Erklärung des Vorbesitzers/Verkäufer

Hiermit erkläre/n ich/wir Folgendes:

- Das/Die Gebäude//Maschinen und Einrichtungen wurde/n in der Vergangenheit nicht mit öffentlichen Finanzierungshilfen gefördert.
- Das/Die Gebäude//Maschinen und Einrichtungen wurde/n in der Vergangenheit mit folgenden öffentlichen Finanzierungshilfen subventioniert:

Mir/uns ist bekannt, dass diese Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch darstellen und eine vorsätzliche oder fahrlässige Falschangabe strafbar ist. Das Gleiche gilt für unvollständige Angaben. Die Strafbarkeit ist auch dann gegeben, wenn durch die unvollständige oder falsche Angaben ein Anderer zu Unrecht Subventionen erhält.

(Name/Anschrift)

(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Firma:

b) Erklärung des Erwerbers

Als Antragsteller der o.g. Firma: _____

Mein(e)/Unser(e) Antrag/Anträge vom: _____

Ich/Wir beantrage/n u.a. Fördermittel für den **Erwerb eines gebrauchten Gebäudes/gebrauchter Gebäude/Maschinen und Einrichtungen**. Hinsichtlich dieses Investitionsbestandteiles erkläre/n ich/wir hiermit, entsprechende Recherchen, insbesondere bei dem in Grundbuch eingetragene(n) Vorbesitzer/n, vorgenommen und Auskünfte im Rahmen meiner Möglichkeiten eingeholt zu haben. Vor diesem Hintergrund erkläre/n ich/wir verbindlich folgendes

- Das/Die Gebäude/Maschinen und Einrichtungen wurde/n in der Vergangenheit nicht mit öffentlichen Finanzierungshilfen gefördert.
- Das/Die Gebäude/Maschinen und Einrichtungen wurde/n mit folgenden öffentlichen Finanzierungshilfen subventioniert:

Mir/uns ist bekannt, dass diese Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch darstellen und eine vorsätzliche oder fahrlässige Falschangabe strafbar ist. Das Gleiche gilt für unvollständige Angaben.

Ort, Datum:

Name/Firmenstempel/Rechtsverbindliche Unterschrift